

Deutsches Zentrum für politische Forschung und Analyse

Ausgabe: Juli 2023

Politik 2030: Magazin für eine vernetzte Demokratie



S

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

ich freue mich, Sie zur aktuellen Ausgabe des Magazins unseres Instituts, dem "Deutschen Zentrum für politische Forschung und Analyse", begrüßen zu dürfen. Als Generalsekretärin dieses renommierten Instituts ist es mir eine Ehre, Sie durch die fesselnden Inhalte dieser Juli-Ausgabe zu führen.

Unsere Gesellschaft steht vor nie dagewesenen Veränderungen und Herausforderungen, die unser politisches System auf die Probe stellen. In dieser Ausgabe richten wir unseren Fokus auf die Zukunft der Politik in Deutschland und werfen einen kritischen Blick auf die fortschreitende Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf die Demokratie.

"Demokratie 2030: Chancen und Herausforderungen im digitalen Zeitalter" – unter diesem Leitthema haben wir namhafte Expertinnen und Experten versammelt, die in fundierten Analysen und praxisnahen Berichten die verschiedenen Facetten der politischen Gestaltung beleuchten.

In unserer schnelllebigsten Zeit ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir die Potenziale digitaler Technologien für eine verbesserte Bürgerbeteiligung erkennen und nutzbringend einsetzen. Digitale Plattformen bieten Ihnen die Möglichkeit, aktiv an politischen Prozessen teilzunehmen und Ihre Stimme Gehör zu verschaffen. Wir möchten Ihnen in dieser Ausgabe aufzeigen, wie Sie sich in einer zunehmend vernetzten Welt politisch einbringen können.

Gleichzeitig müssen wir uns aber auch der Herausforderungen bewusst sein, die die Digitalisierung mit sich bringt. Datenschutz, digitale Souveränität und die ethische Verantwortung im Umgang mit Künstlicher Intelligenz sind Themen, denen wir besondere Aufmerksamkeit widmen.



Johanna Sandmann, Generalsekretärin

Als Institut für politische Forschung und Analyse ist es uns ein Anliegen, Sie über diese komplexen Fragestellungen zu informieren und eine Grundlage für weitere Diskussionen zu schaffen.

Die Stimme der Jugend spielt eine tragende Rolle bei der Gestaltung unserer politischen Zukunft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, junge Menschen zu ermutigen und zu unterstützen, ihre politischen Anliegen zu artikulieren und aktiv am demokratischen Prozess teilzunehmen. Denn eine lebendige Demokratie braucht die Vielfalt der Meinungen und die Kraft der Veränderung.

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bei unserem Team, den engagierten Autorinnen und Autoren sowie den Expertinnen und Experten bedanken, die diese Ausgabe mit ihren Beiträgen bereichert haben. Ohne ihre Kompetenz und ihr Engagement wäre dieses Magazin nicht möglich gewesen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und hoffe, dass Sie aus dieser Ausgabe neue Erkenntnisse gewinnen, inspiriert werden und Ihre eigene Perspektive in die aktuellen politischen Debatten einfließen lassen.

Mit besten Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Sandmann". The script is fluid and cursive.

Johanna Sandmann

Generalsekretärin des Deutschen Zentrums für politische Forschung und Analyse

Titelthema

Die digitale Transformation der Demokratie: Chancen und Risiken für Deutschland

Transformation

Autor: Prof. Dr. Markus Schmidt, Politikwissenschaftler

C

Chancen der digitalen Transformation für die Demokratie

Die digitale Transformation hat die politische Landschaft in Deutschland grundlegend verändert und bietet ein breites Spektrum an Chancen für die Demokratie. Insbesondere durch die Verbreitung digitaler Plattformen und sozialer Medien haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, aktiv an politischen Diskussionen teilzunehmen und ihre Meinungen und Anliegen direkt einzubringen. Die Partizipation wird somit erheblich gestärkt, und politische Entscheidungen können auf eine breitere gesellschaftliche Basis gestellt werden.

> Online-Petitionen und kollaborative Entscheidungsplattformen

Eine der bedeutendsten Möglichkeiten der digitalen Transformation besteht in der Nutzung von Online-Petitionen und kollaborativen Entscheidungsplattformen. Bürgerinnen und Bürger können Petitionen zu relevanten politischen Themen einreichen und durch das Sammeln von Unterschriften die politische Agenda beeinflussen. Zudem ermöglichen kollaborative Plattformen es den Menschen, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und Ideen einzubringen. Dies fördert einen inklusiven politischen Diskurs und ermöglicht eine breite Beteiligung an politischen Entscheidungen.

> Risiken der digitalen Transformation für die Demokratie

Trotz der vielfältigen Chancen birgt die digitale Transformation auch Risiken für die Demokratie. Eine der größten Herausforderungen ist die Fragmentierung der Gesellschaft, die durch soziale Medien verstärkt werden kann. Filterblasen und Echokammern führen dazu, dass Bürgerinnen und Bürger nur noch mit Gleichgesinnten kommunizieren und divergierende Meinungen ausblenden. Dies gefährdet den offenen Austausch von Ideen und kann zu einer Spaltung der Gesellschaft führen.

> Manipulation und Desinformation

Ein weiteres Risiko besteht in der Verbreitung von Falschinformationen und gezielter Manipulation durch Desinformation. Durch den gezielten Einsatz von Social Bots und die Verbreitung von Fake News können öffentliche Meinungen beeinflusst und politische Debatten verzerrt werden. Dies gefährdet die Integrität der demokratischen Entscheidungsfindung und untergräbt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Institutionen.

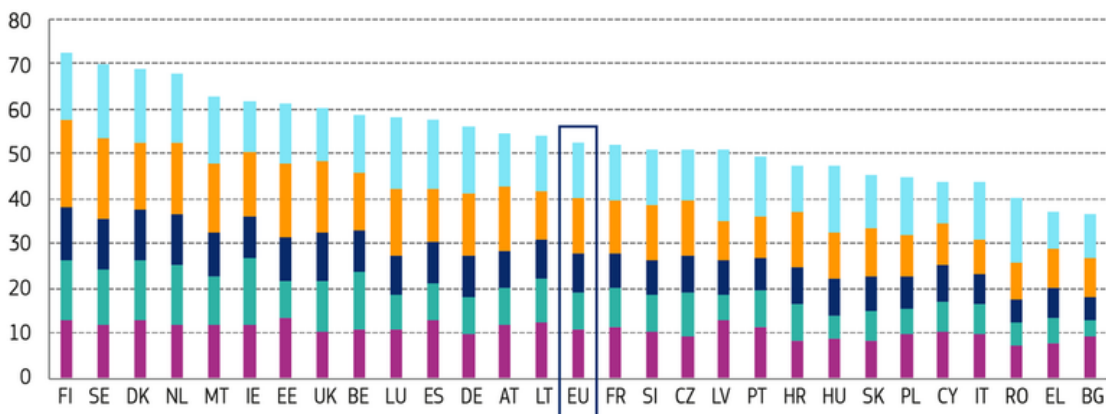
<< Die digitale Transformation bietet eine einzigartige Chance für die Demokratie, indem sie die Bürgerbeteiligung stärkt und politische Entscheidungen breiter auf gesellschaftlicher Basis verankert. Doch gleichzeitig müssen wir uns bewusst sein, dass die Risiken der Fragmentierung und Desinformation unsere demokratischen Grundwerte gefährden können >>

Zur Person

Prof. Dr. Markus Schmidt ist ein angesehener Politikwissenschaftler und Experte für digitale Transformation und Demokratie. Mit langjähriger Erfahrung in der Forschung und Lehre hat er zahlreiche Beiträge zur Analyse politischer Prozesse im Zeitalter der Digitalisierung geleistet. Seine Expertise erstreckt sich über die Auswirkungen von Technologie auf die politische Partizipation und die Bürgerbeteiligung. In diesem Artikel beleuchtet er fundiert die Chancen und Risiken der digitalen Transformation für die deutsche Demokratie und plädiert für eine verantwortungsbewusste Nutzung der Technologie, um die demokratischen Grundwerte zu bewahren.



Prof. Dr. Markus Schmidt, Politikwissenschaftler



Quelle: <https://www.lpb-bw.de/demokratie-digital>

Coverstory

Die Bürgerstimme im Netz - Digitale Plattformen für politische Teilhabe

Bürgerstimme

Autor: Dr. Laura Müller, Sozialwissenschaftlerin

B

Bürgerbeteiligung 2.0: Die digitale Stimme der Bürgerinnen und Bürger

Die digitale Transformation hat die Art und Weise, wie Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen teilnehmen können, revolutioniert. Online-Bürgerbeteiligungsplattformen spielen eine immer größere Rolle dabei, die Stimmen der Menschen zu Gehör zu bringen und ihre Beteiligung an politischen Entscheidungen zu ermöglichen. Diese Plattformen bieten zahlreiche Möglichkeiten, um aktiv am politischen Diskurs teilzunehmen und politische Veränderungen mitzugestalten.

> Petitionen und Online-Umfragen

Eine der wichtigsten Möglichkeiten der digitalen Plattformen besteht in der Einreichung und Unterzeichnung von Online-Petitionen. Bürgerinnen und Bürger können wichtige Anliegen in Form von Petitionen vorbringen und Unterstützerinnen und Unterstützer gewinnen, um politische Entscheidungsträgerinnen und -träger auf relevante Themen aufmerksam zu machen. Zudem bieten Online-Umfragen die Chance, die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger zu verschiedenen politischen Fragen zu erfassen und in die politischen Prozesse einzubringen.

> Kollaborative Entscheidungsplattformen für mehr Dialog

Kollaborative Entscheidungsplattformen ermöglichen es Bürgerinnen und Bürgern, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und Ideen einzubringen. Durch die kooperative Zusammenarbeit können vielfältige Perspektiven berücksichtigt werden, was zu einer besseren Qualität politischer Entscheidungen führt. Dies fördert einen inklusiven politischen Diskurs, bei dem verschiedene Interessen und Meinungen in den politischen Prozess integriert werden.

> Transparenz und Vertrauen durch digitale Plattformen

Die digitale Transformation hat auch die Möglichkeit geschaffen, politische Prozesse transparenter zu gestalten. Bürgerinnen und Bürger können in Echtzeit Informationen über politische Entscheidungen und Diskussionen erhalten, was zu einer gesteigerten Transparenz und Rechenschaftspflicht der politischen Akteure führt. Diese Transparenz fördert das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Institutionen und stärkt die demokratischen Grundwerte.

> Herausforderungen für eine inklusive Bürgerbeteiligung

Trotz der vielfältigen Chancen müssen jedoch auch Herausforderungen bewältigt werden, um eine inklusive Bürgerbeteiligung zu gewährleisten. Der Zugang zu digitalen Plattformen und Technologien ist nicht für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen gegeben, was zu einer digitalen Kluft führen kann. Es ist daher erforderlich, gezielt Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass alle Be

<< Die digitale Transformation bietet eine einzigartige Chance für die Demokratie, indem sie die Bürgerbeteiligung stärkt und politische Entscheidungen breiter auf gesellschaftlicher Basis verankert. Doch gleichzeitig müssen wir uns bewusst sein, dass die Risiken der Fragmentierung und Desinformation unsere demokratischen Grundwerte gefährden können >>

Zur Person

Dr. Laura Müller ist eine Sozialwissenschaftlerin mit einer Leidenschaft für Bürgerbeteiligung und demokratische Prozesse. Sie hat sich intensiv mit der Rolle digitaler Plattformen für die politische Teilhabe auseinandergesetzt und ist überzeugt von deren Potenzial, die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Durch ihre Forschung und ihre Beiträge zur Gestaltung inklusiver politischer Diskurse möchte sie die Chancen der Digitalisierung für die Demokratie voll ausschöpfen und gleichzeitig mögliche Herausforderungen adressieren. In ihrer Coverstory beleuchtet sie anschaulich die verschiedenen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung 2.0 und betont die Bedeutung von Transparenz und Vertrauen in diesem Prozess.



Dr. Laura Müller, Sozialwissenschaftlerin



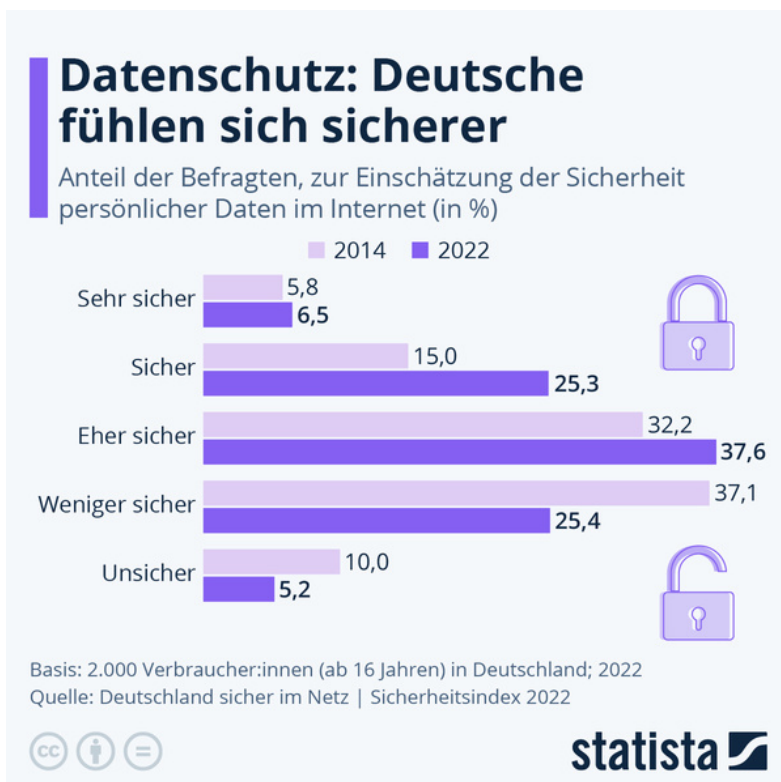
Quelle: <https://ap-verlag.de/viele-bundesbuenger-sehen-in-der-digitalisierung-risiken-und-gefahren-fuer-die-gesellschaft/58321/>

Hintergrund: Datenschutz und Datensicherheit in der digitalen Demokratie



Datenschutz

Autor: Dr. Jonas Berger, Datenschutzexperte



Quelle: <https://de.statista.com/infografik/29446/einschaetzung-der-datensicherheit-im-internet/>



Hintergrund: Datenschutz und Datensicherheit in der digitalen Demokratie

Die digitale Transformation hat das Potenzial, die Demokratie transparenter und partizipativer zu gestalten, aber gleichzeitig stellen Datenschutz und Datensicherheit in diesem Zusammenhang wichtige Anliegen dar. Die umfassende Datenerhebung und -verarbeitung im digitalen Raum birgt erhebliche Risiken für die persönlichen Rechte und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger. Es ist von entscheidender Bedeutung, einen angemessenen Datenschutz zu gewährleisten, um das Vertrauen der Menschen in die digitale Demokratie zu stärken und ihre Grundrechte zu schützen.

In der digitalen Demokratie hinterlassen Bürgerinnen und Bürger durch ihre Interaktionen im Internet umfangreiche Datenspuren. Diese Daten werden von verschiedenen Akteuren wie Regierungen, Unternehmen und Plattformbetreibern gesammelt, analysiert und für verschiedene Zwecke genutzt. Dabei reicht die Bandbreite von der Personalisierung von politischen Inhalten bis hin zur gezielten Beeinflussung von Wahlen und politischen Meinungen. Der Missbrauch von persönlichen Daten kann die demokratischen Prozesse untergraben und die Souveränität der Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen.

Ein weiteres Problem ist die Zunahme von Datenschutzverletzungen und Cyberangriffen auf digitale Plattformen. Wenn Daten von Bürgerinnen und Bürgern gestohlen oder unerlaubt verwendet werden, kann dies schwerwiegende Konsequenzen für die betroffenen Personen haben und das Vertrauen in die digitale Demokratie erschüttern. Es ist daher von größter Bedeutung, die Datensicherheit zu stärken und effektive Maßnahmen zu ergreifen, um Datenschutzverletzungen zu verhindern und die Integrität der digitalen Plattformen zu gewährleisten.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, einen angemessenen Ausgleich zwischen dem Schutz der Privatsphäre und dem Bedarf an datenbasierter Entscheidungsfindung zu finden. Auf der einen Seite ist der Datenschutz ein grundlegendes Recht, das respektiert werden muss, um die Autonomie der Bürgerinnen und Bürger zu wahren. Auf der anderen Seite können Datenanalysen und -auswertungen wichtige Erkenntnisse liefern, die politische Entscheidungsträgerinnen und -träger dabei unterstützen, fundierte und evidenzbasierte Politik zu gestalten.

Um den Datenschutz und die Datensicherheit in der digitalen Demokratie zu gewährleisten, sind mehrere Schritte erforderlich. Erstens sollten klare Datenschutzgesetze und -richtlinien entwickelt und implementiert werden, die die Rechte der Bürgerinnen und Bürger schützen und klare Grenzen für den Umgang mit persönlichen Daten setzen. Zweitens müssen digitale Plattformen und Technologieunternehmen verpflichtet werden, angemessene Sicherheitsmaßnahmen zu implementieren, um die Vertraulichkeit und Integrität der Daten zu gewährleisten.

Darüber hinaus ist eine umfassende Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger für Datenschutzfragen und digitale Sicherheit von entscheidender Bedeutung. Individuelle Datensouveränität kann nur erreicht werden, wenn die Menschen verstehen, welche Daten über sie gesammelt werden und wie sie diese Daten kontrollieren können. Bildungsinitiativen und Aufklärungskampagnen sind daher unerlässlich, um die digitale Souveränität der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Die Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit ist ein wesentlicher Schritt zur Sicherung einer nachhaltigen und vertrauenswürdigen digitalen Demokratie. Nur wenn wir die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger respektieren und ihre Daten angemessen schützen, können wir das volle Potenzial der digitalen Transformation für eine lebendige und inklusive Demokratie entfalten. Datenschutz sollte daher als zentraler Pfeiler der digitalen Souveränität betrachtet werden, der es den Menschen ermöglicht, ihre Rechte auszuüben und an den politischen Prozessen teilzunehmen, ohne Angst vor Missbrauch und Manipulation haben zu müssen.

<< Der Schutz der Privatsphäre und die Sicherheit persönlicher Daten sind von zentraler Bedeutung für die digitale Demokratie. Nur wenn wir angemessene Maßnahmen ergreifen, um Datenschutzverletzungen zu verhindern und die Integrität der digitalen Plattformen zu gewährleisten, können wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die digitale Souveränität stärken und ihre Grundrechte schützen>>

Zur Person

Dr. Jonas Berger ist ein renommierter Datenschutzexperte mit einem Fokus auf die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Datenschutz und die Datensicherheit. Mit seinem Fachwissen unterstützt er Regierungen und Unternehmen dabei, datenschutzkonforme Strategien zu entwickeln. In diesem Artikel beschäftigt er sich mit den Herausforderungen des Datenschutzes und der Datensicherheit in der digitalen Demokratie. Er erläutert, wie diese Aspekte die digitale Souveränität der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen und welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die Privatsphäre zu schützen.



Dr. Jonas Berger, Datenschutzexperte

Fazit

Auf dem Weg zu einer vernetzten Demokratie

vernetzte Demokratie

D

Die Juli-Ausgabe von "Politik 2030: Magazin für eine vernetzte Demokratie" hat uns einen spannenden Einblick in die digitale Transformation der Demokratie gegeben und die Chancen sowie Herausforderungen aufgezeigt, die diese Entwicklung mit sich bringt. Die Beiträge renommierter Expertinnen und Experten haben verdeutlicht, wie die Digitalisierung das Potenzial hat, unsere Demokratie transparenter, inklusiver und partizipativer zu gestalten.

Die Möglichkeiten der digitalen Souveränität und Bürgerbeteiligung sind vielfältig. Durch Online-Petitionen, kollaborative Entscheidungsplattformen und den offenen politischen Diskurs in sozialen Medien haben die Menschen die Chance, aktiv an politischen Prozessen teilzunehmen und ihre Anliegen einzubringen. Die Stimme der Bürgerinnen und Bürger wird gestärkt, und politische Entscheidungen können auf einer breiteren gesellschaftlichen Basis getroffen werden.

Jedoch dürfen wir nicht die Risiken und Herausforderungen aus den Augen verlieren. Die Fragmentierung der Gesellschaft, Desinformation und Datenschutzverletzungen sind potenzielle Gefahren, die unsere demokratischen Grundwerte gefährden könnten. Es ist daher unerlässlich, die digitale Transformation verantwortungsbewusst zu gestalten und klare Datenschutzrichtlinien zu etablieren, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die digitale Demokratie zu stärken.

Als Gesellschaft stehen wir vor der Aufgabe, den technologischen Fortschritt in Einklang mit unseren demokratischen Werten zu bringen. Eine inklusive digitale Demokratie erfordert eine aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger, einen bewussten Umgang mit digitalen Plattformen und eine kontinuierliche Reflexion über die Auswirkungen der digitalen Transformation auf unsere Gesellschaft.

Lasst uns diese Chancen ergreifen und gleichzeitig unsere demokratischen Grundprinzipien bewahren. Die digitale Transformation ist eine Reise, auf der wir lernen, uns anzupassen und unsere Gesellschaft demokratischer, gerechter und resilienter zu gestalten. Als "Politik 2030: Magazin für eine vernetzte Demokratie" freuen wir uns darauf, Sie auch in Zukunft auf dieser Reise zu begleiten und den Diskurs über die Gestaltung unserer digitalen Zukunft weiter voranzutreiben. Gemeinsam können wir die digitale Souveränität und Bürgerbeteiligung fördern und eine vernetzte Demokratie aufbauen, in der alle Menschen eine Stimme haben und gemeinsam an einer lebendigen Demokratie mitwirken können.

Das Fazit gibt einen abschließenden Überblick über die behandelten Themen und betont die Bedeutung einer verantwortungsbewussten Gestaltung der digitalen Transformation für eine vernetzte Demokratie. Es ermutigt die Leserinnen und Leser, aktiv an politischen Prozessen teilzunehmen und sich für den Schutz der demokratischen Grundwerte einzusetzen.

Impressum

Herausgeber:

©2023, **Deutsches Zentrum für politische Forschung und Analyse**, Berlin

Nordufer 20, 13353 Berlin

Tel, 030 187540

E-Mail: publikationen@DZfpFuA.de

Online: www.DZfpFuA.de.

Generalsekretärin: Johanna Sandmann

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind

Das Copyright für diese Publikation liegt beim Deutschen Zentrum für politische Forschung und Analyse

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Die Zeitschrift *politicus* erscheint als dreimonatiges Nummernheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von dem Deutschen Zentrum für politische Forschung und Analyse herausgegebenen Medien ist nicht gestattet.

Weitere Exemplare können über die Deutsche Zentrum für politische Forschung und Analyse , E-Mail: publikationen@DZfpFuA.de bezogen werden

Deutsches Zentrum für politische Forschung und Analyse
Nordufer 20, 13353 Berlin

publikationen@DZfpFuA.de
Tel, 030 187540

ZKN 45435256

ISSN (Print) 3123 - 2321
ISSN (Online) 3123 - 3213